

Blockade des Kraftwerks Jänschwalde: Klimaextremisten bringen sich und andere in Gefahr

geschrieben von Admin | 24. September 2022

„Wir nehmen hier und heute den Kohleausstieg selbst in die Hand“, behauptete eine Gruppe verwirrter Klimaextremisten. Während Klimaschutzminister Habeck inzwischen jedes Kilowatt Strom und Wärme für den kommenden Winter zusammensucht, flippen des Zauberlehrlings Geister aus.

Von Frank Hennig

Wie *TE* bereits berichtete, besetzten Klimaextremisten in den frühen Morgenstunden des 19. September Gleisanlagen vor dem Kraftwerk Jänschwalde, drangen ins Betriebsgelände ein und ketteten sich an Gurtbandförderanlagen an. In der Folge mussten zwei Blöcke des Kraftwerks aufgrund fehlender Kohle abgefahren werden, die verbleibenden zwei Blöcke die Leistung einsenken. Etwa 1.200 Megawatt eingeplanter Leistung fehlten im Netz.

Von öffentlich-rechtlichen Medien wie dem *RBB* wurden die Täter wie immer liebevoll ohne Anführungszeichen als Klima-Aktivisten bezeichnet. Das Engagement sei lobenswert, löse aber keine Probleme, heißt es in einem Kommentar des *RBB*. Was an der Aktion ist lobenswertes Engagement?

In ihrer Ahnungslosigkeit begaben sie sich in akute Gefahr, denn trotz Abschaltung der Gurtbänder war ein Wiederaanlaufen aus technischen Gründen oder menschlicher Fehlhandlung nicht auszuschließen. Betroffen waren die Kohlebänder der Grabenbunker. Diese laufen neben den hunderte Meter langen Grabenbunkern, die man sich als Betonrinnen vorstellen kann, in die die Braunkohle aus den Waggons entladen wird.

Ein solches Gurtband ist stattliche 1,60 Meter breit und fährt mit über drei Metern pro Sekunde die aufgeschüttete Kohle in Richtung der Kohlebunker im Kraftwerkshauptgebäude. Jegliche Berührung des laufenden Bandes ist gefährlich, es droht das Hineinziehen von Gliedmaßen und damit schwerste Verletzungen.

Ungeachtet der Gefahr legten sich einige der Besessenen auf das Gurtband. Was wäre bei einem unbeabsichtigten Anlaufen eines Bandes passiert? Beim Versuch des Abspringens wäre es möglicherweise zum Einklemmen in Trag- oder Führungsrollen gekommen mit entsprechend schweren Verletzungen. Wären sie weiter auf dem Band mitgefahren, käme im folgenden Walzensiebrost im wahrsten Sinne des Wortes das Ende. Mehrere grobgezahnte Stahlwalzen hätten die Wirkung eines Fleischwolfes

entfaltet, die sterblichen Überreste wären in der dann folgenden Prallhammermühle mit der Kohle vermischt und vermutlich nicht mehr auffindbar gewesen.

Während die Kraftwerker ins Schwitzen kamen und die verbleibende Kohlemenge hinsichtlich der Fahrweise zu optimieren versuchten, gaben die Täter ihre wirren Beweggründe preis: Die Autoproduktion sei zu hoch, das „kapitalistische Verwertungssystem“ müsse ein Ende haben. Gerade so, als käme ein sozialistisches System ohne Strom aus. Den Radikalen bar jeder Geschichtskennntnis ist natürlich nicht bekannt, dass die DDR die höchsten je erreichten Pro-Kopf-Emissionen an CO₂ verbuchte. Erst der böse Kapitalismus führte dazu, die Emissionen auf ein Maß zu senken, dass man Kohlekraftwerken eines Alters wie in Jänschwalde (32 bis 40 Jahre) nicht zugetraut hätte.

Der materielle Verlust für das Betreiberunternehmen LEAG lässt sich noch nicht abschätzen. Während die zwei Blöcke wieder angefahren werden konnten, hielten Gleisbesetzungen den ganzen Tag über an. Die fehlenden Gigawattstunden nicht produzierten Stroms mussten teuer an der Börse zugekauft werden.

Brandenburgs Innenminister Stübgen (CDU) spricht von „Sabotage“, vom grünen Koalitionspartner kommt erwartungsgemäß keine Aussage. Mit einer deutlichen Ahndung der Tat ist erfahrungsgemäß kaum zu rechnen, auch in der Justiz war der grüne Marsch durch die Institutionen schließlich erfolgreich. Während Regierungskritiker als „radikale Mitte“ schon präventiv stigmatisiert und mögliche Demonstrationen im Vorfeld kriminalisiert werden, bettet man grüne Straftäter weich – sie wollen ja nur Gutes.

Dabei haben sie „dem Klima“ einen Bärendienst erwiesen. Die Ab- und Anfahrprozesse der beiden Blöcke machten den Einsatz von etwa 40 Tonnen schwerem Heizöl und einiger hundert Tonnen Braunkohle nötig, ohne dass dafür eine Kilowattstunde Strom erzeugt wurde. Zudem gelten für den Ab- und Anfahrbetrieb der Dampfkessel nicht die Emissionsgrenzwerte nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), weil sie aus Gründen der Feuerungstechnologie im niedrigen Lastbereich nicht einhaltbar sind. An anderen Stellen musste der fehlende Strom fossil ersetzt werden, denn die Kernkraftwerke fahren an der Oberkante und die „Erneuerbaren“ schieben aufgrund des Einspeisevorrangs ohnehin alles ins Netz, was sie können – sie können einfach nicht mehr.

Im Kraftwerk Jänschwalde sind derzeit ohnehin nur vier von sechs Blöcken in Betrieb, zwei stehen seit 2018 und 2019 in der sogenannten Sicherheitsbereitschaft, niemand rechnete ernsthaft mit ihrer Reaktivierung. Inzwischen bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium, dass diese Blöcke ab Oktober in die „Winternotreserve“ aufgenommen seien. Betreiber LEAG „durfte“ dafür einen Antrag für eine Ausnahmegenehmigung stellen, weil während der Reservestellung die Emissionsgrenzwerte gesenkt wurden. Für diese Genehmigung schob das

grünesättigte Klimaministerium den Schwarzen Peter dem brandenburgischen Landesumweltamt zu, dessen grüner vorstehender Minister Vogel nun widerwillig auf Grund des Druckes von Ministerpräsident Woidke (SPD) die Genehmigung wohl wird erteilen müssen.

Wie immer endet plakativer krimineller Protest als Nachteil für alle. Mehr Emissionen, Druck auf den Börsenstrompreis und damit auf Endverbraucherpreise, Stress für Arbeitnehmer und Polizei und weitere politische Spaltung der Bevölkerung. Die Anti-AfD-Parteien befürchten nun, dass hinsichtlich der bevorstehenden Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters in Cottbus die Stimmung in eine nicht gewünschte Richtung umschlägt.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier